

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage 1069
des Abgeordneten Axel Vogel
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 5/2744

Anzeige eines Umweltschadens am Flugplatz Finow

Wortlaut der Kleinen Anfrage 1069 vom 31.01.2011 :

Im Umfeld des Flugplatzes Finow im Landkreis Barnim wurde zu Beginn des Jahres 2010 eine Photovoltaikanlage errichtet, deren Bauphase mit erheblichen Eingriffen in Natur- und Landschaft verbunden war und Beeinträchtigungen gesetzlich geschützter Arten zur Folge hatte. Der NABU Landesverband Brandenburg zeigte daher am 23.03.2010 einen Umweltschaden nach dem Umweltschadensgesetz bei der unteren Naturschutzbehörde des Landkreises Barnim an.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Behörde leitet das Verfahren der Anzeige des Umweltschadens vom 23.03.2010?
2. Wurde der angezeigte Umweltschaden vom 23.03.2010 nach den Vorschriften des Umweltschadensgesetzes saniert? Falls ja, warum wurden die Verbände nicht wie im Gesetz vorgesehen nach der Sanierung beteiligt? Falls nein, wann soll das Verfahren abgeschlossen werden?
3. Welche Behörde ist aktuell für Anzeige eines Umweltschadens nach dem Umweltschadensgesetz zuständig?
4. Welche Behörde ist in Zukunft für Anzeige eines Umweltschadens nach dem Umweltschadensgesetz zuständig?
5. Wie viele Umweltschäden wurden bisher in Brandenburg laut Umweltschadensgesetz angezeigt? Wie viele Verfahren wurden davon bisher abgeschlossen?

Namens der Landesregierung beantwortet die Ministerin für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1:

Welche Behörde leitet das Verfahren der Anzeige des Umweltschadens vom 23.03.2010?

Datum des Eingangs: 02.03.2011 / usgegeben: 07.03.2011

Zu Frage 1:

Die untere Naturschutzbehörde des Landkreises Barnim.

Frage 2:

Wurde der angezeigte Umweltschaden vom 23.03.2010 nach den Vorschriften des Umweltschadensgesetzes saniert? Falls ja, warum wurden die Verbände nicht wie im Gesetz vorgesehen nach der Sanierung beteiligt? Falls nein, wann soll das Verfahren abgeschlossen werden?

Zu Frage 2:

Die Gefahrenabwehr- und Sanierungsmaßnahmen der als Umweltschaden angesehenen Beeinträchtigungen von geschützten Arten und natürlichen Lebensräumen erfolgten auf der Grundlage des § 3 Abs. 2 BNatSchG bzw. § 54 BbgNatSchG, auch in Verbindung mit § 19 Abs. 4 BNatSchG, nach pflichtgemäßem Ermessen der Behörde.

Die entsprechenden Verpflichtungen wurden zwischen dem Vorhabensträger und dem Landkreis Barnim unter Beteiligung des NABU-Kreisverbandes, dem LUGV sowie der obersten Naturschutzbehörde vertraglich fixiert. Die tatsächliche Umsetzung der geforderten Maßnahmen wird laufend überwacht. Der NABU-Landesverband, der den angenommenen Umweltschaden angezeigt hatte, wurde mit Schreiben vom 23.04.2010 über die eingeleiteten Schritte unterrichtet.

Das Verfahren ist abgeschlossen.

Frage 3:

Welche Behörde ist aktuell für die Anzeige eines Umweltschadens nach dem Umweltschadensgesetz zuständig?

Zu Frage 3:

Das Umweltschadensgesetz kommt gemäß § 1 Satz 1 USchadG zur Anwendung, soweit Rechtsvorschriften des Bundes oder der Länder die Vermeidung und Sanierung von Umweltschäden nicht näher bestimmen oder in ihren Anforderungen diesem Gesetz nicht entsprechen. Es ergänzt die bereits für die vom Umweltschadensgesetz erfassten Schutzgüter bestehenden Vorschriften der Fachgesetze, insbesondere die des Bodenschutz-, des Wasser- und des Naturschutzrechts.

Eine ausdrückliche Zuständigkeitsregelung für den Vollzug des Umweltschadensgesetzes gibt es derzeit nicht. Für die Überwachung von den Boden betreffenden Umweltschäden (einschließlich der dazugehörigen, auf das Umweltschadensgesetz gestützten Anzeigen) sind grundsätzlich die unteren Bodenschutzbehörden zuständig (vgl. § 43 Abs. 1, 42 Abs. 2 AbfBodG i. V. m. Nr. 23.2 bis 23.5 der Anlage zur AbfBodZV). Für entsprechende Anzeigen von Schädigungen des Gewässers sind dies die unteren Wasserbehörden (vgl. §§ 103, 126 BbgWG i. V. m. § 100 i. V. m. § 90 WHG). Hinsichtlich der Schädigung von Arten und natürlichen Lebensräumen bestehen differenzierte naturschutzbehördliche Zuständigkeiten (vgl. §§ 54 und 55 BbgNatSchG) für naturschutzrechtliche Maßnahmen. Die Anzeige eines diesbezüglichen Umweltschadens kann sowohl bei der unteren Naturschutzbehörde wie auch bei der Fachbehörde für Naturschutz und Landschaftspflege beim Landesamt für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz (LUGV) erfolgen.

Frage 4:

Welche Behörde ist in Zukunft für die Anzeige eines Umweltschadens nach dem Umweltschadensgesetz zuständig?

Zu Frage 4:

Die Landesregierung bereitet derzeit eine Umweltrechtszuständigkeitsverordnung vor. Nach dem Entwurf dieser Verordnung sind als zuständige Behörden für die Aufgaben nach dem Umweltschadensgesetz bei Vorliegen eines Umweltschadens oder der Gefahr eines solchen nach

1. § 2 Nummer 1 Buchstabe a des Umweltschadensgesetzes das Landesamt für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz als Fachbehörde für Naturschutz und Landschaftspflege nach § 52 Satz 1 des Brandenburgischen Naturschutzgesetzes,
2. § 2 Nummer 1 Buchstabe b des Umweltschadensgesetzes die Landkreise und kreisfreien Städte als untere Wasserbehörden nach § 124 Absatz 2 des Brandenburgischen Wassergesetzes,
3. § 2 Nummer 1 Buchstabe c die unteren Bodenschutzbehörden nach § 42 Absatz 2 Satz 2 in Verbindung mit § 43 Absatz 2 des Brandenburgischen Abfall- und Bodenschutzgesetzes geplant.

Frage 5:

Wie viele Umweltschäden wurden bisher in Brandenburg laut Umweltschadensgesetz angezeigt? Wie viele Verfahren wurden davon bisher abgeschlossen?

Zu Frage 5:

Inwieweit die oben (zu Frage 3) genannten Fachbehörden Anzeigen von als Umweltschäden im Sinne des Umweltschadensgesetzes angesehenen Sachverhalten entgegengenommen haben, ist der Landesregierung nicht bekannt. Eine gesonderte Erfassung von Schadensbegrenzungs- und Sanierungsmaßnahmen auf der – zusätzlichen – Grundlage des Umweltschadensgesetzes erfolgt ebenso wenig wie die Erfassung der behördlichen Maßnahmen im Zusammenhang mit der Schädigung der Gewässer, des Bodens oder der Biodiversität.